

Fragestellung zum Text:

Wie beleuchten die Texte den Zusammenhang Klimawandel und Flucht?

Wie bewertet ihr die Argumente und was lässt sich aus den Texten für die Diskussion um Fluchtursachen mitnehmen?

- Quelle 1: Deutschlandfunk Kultur 22.11.2017, von Thomas Wagner, https://www.deutschlandfunk.de/migration-klimawandel-als-fluchtursache.697.de.html?dram:article_id=401285

Migration Klimawandel als Fluchtursache

Einen Zusammenhang von Fluchtbewegungen und klimatischen Veränderungen beobachten Wissenschaftler schon seit Jahrhunderten. Als Fluchtursache wird der Klimawandel in Zukunft aber wohl eine immer größere Rolle spielen, sagen Experten. Klimaschutz alleine kann die Fluchtbewegungen jedoch nicht aufhalten.

"Na, natürlich gibt es diesen Zusammenhang. Das ist ja logisch - ganz offensichtlich."

"Durch den Klimawandel ist es ja so, dass Flüchtlinge weg müssen aus ihrem Land, überhaupt keine Möglichkeiten bestehen der Ernährung und so weiter."

"Ich gehe davon aus, dass wir Auswirkungen des Klimawandels an verschiedenen lebensrelevanten Punkten spüren, die auch zu Wanderungsbewegungen führen. Ob das auch nachweisbar ist, ist eine andere Frage."

Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Fluchtbewegungen ist nachweisbar - und zwar nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Vergangenheit:

"Wir haben das analysiert für das 19. Jahrhundert, Migration von Europa in die USA, nach Nordamerika. Und wir können ganz klar sagen, dass die sechs Hauptwellen, die wir identifiziert haben, zurückzuführen sind zu einem nicht unerheblichen Anteil auf Klimastressoren, Klimaextreme und Klimawandel."

So Professor Rüdiger Glaser vom Institut für Umweltsozialwissenschaften und Geographie der Universität Freiburg.

Vulkanausbrüche statt Autoabgase

Allerdings: Im 19. Jahrhundert gab es noch keine Autos, die mit ihren Abgasen die Luft belasteten; keine Treibhausgase, keine riesigen

Kohlekraftwerke, die in dem Ausmaß wie heute Schadstoffe in die Atmosphäre blasen. Aber es gab durchaus Ereignisse mit gravierenden Auswirkungen auf das Klima – beispielsweise im Jahr 1815 – dem Jahr, als auf Indonesien der Vulkan Tambora ausgebrochen ist:

"Das hat dazu geführt, dass sehr viele Staubpartikel in die Atmosphäre emittiert wurden. Und das hat weltweit zu einer Abkühlung geführt und zu regenreichen Sommern. Und genau das hat dazu geführt, dass die Ernten deutlich reduziert, also Ernteaufträge zu beklagen waren."

Folge: Rapider Preisanstieg für die Grundnahrungsmittel

"Und da ist die Auswanderung eben das Ventil, das in dieser Phase dann auch besonders greift."

Weiteres Beispiel: Das Jahr 1846 - ein Jahr mit einem sehr heißen und trockenen Sommer.

Rüdiger Glaser spricht von einem "Dominoeffekt von ungünstiger Witterungsentwicklung, Ernteaufträge, Preissteigerung, Auswanderung."

"Man kann sagen, dass Klima einen Anteil hat"

Aus den Wellen, die Glaser und sein Team untersucht haben, lässt sich auch ablesen, wie stark diese historischen Klimaereignisse Flucht und Migration vorangetrieben haben:

"Man kann sagen, dass Klima einen Anteil hat. Wir haben den auch quantifiziert. Der Anteil für die historischen Beispiele liegt so bei 30 Prozent. Andere Faktoren sind politische Instabilität, allgemein natürlich auch religiöse Gründe. Es ist also nie ein einziger Faktor. Sondern es ist ein ganzes Bündel an Faktoren."

Damit will Glaser nicht sagen, dass der Anteil des Klimawandels an Fluchtbewegungen relativiert werden soll.

"30 Prozent sind 30 Prozent. Das ist ein sehr gewichtiges Argument."

Der Anteil, den der Klimawandel hat, steigt

Möglicherweise hat der Klimawandel heute allerdings einen deutlich höheren Anteil an den weltweiten Fluchtbewegungen:

"Wir bringen eine Botschaft mit, aus Fidschi, aus dem Pazifik, von diesen verwundbaren Ländern: Genug ist genug!"

So Frank Bainimarama, Präsident der Fidschi-Inseln, erst kürzlich beim Weltklimagipfel in Bonn. "Genug ist genug" – das heißt nichts anderes, als

dass den Fidschi-Inseln aufgrund der Erderwärmung so allmählich die Bewohner davonlaufen, erläutert Sabinne Minninger von der Organisation "Brot für die Welt" in einem Interview mit der Deutschen Welle:

"Sie sind besonders betroffen vom Klimawandel. Der Meeresspiegelanstieg bewirkt nun schon, dass in Fidschi nun schon das erste Dorf weltweit umgesiedelt worden ist mit staatlichen Mitteln."

Politische Stabilität, ökonomische Perspektive und Klimaschutz

Wie Umgehen mit diesem hohen Einfluss des Klimawandels auf Fluchtbewegungen? Hier, so der Freiburger Geograf Rüdiger Glaser, lasse sich aus der Geschichte - und den Ergebnissen seiner Studie - lernen: Schadstoffemissionen reduzieren, weltweit, schön und gut - aber, so zeigt es die Studie: Das reicht nicht, wegen der Wechselwirkungen zwischen dem Klimawandel einerseits und ökonomischen, sozialen und politischen Faktoren andererseits.

"Es muss aber einhergehen mit politischer Stabilität. Es muss ein einhergehen mit ökonomischer Perspektive für die Menschen vor Ort. Das macht genauso wenig Sinn, jetzt nur auf Klimawandel zu schauen und die anderen Parameter außer Acht zu lassen. Das würde genauso wenig helfen als den Klimawandel zu negieren oder ihn als nicht relevant einzustufen."

- Quelle 2: Ausschnitt aus der Broschüre: Warum Menschen fliehen - Medico International und GEW - <https://www.medico.de/fluchtursachen/>

2015 gab es über 20 Millionen Klimaflüchtlinge. 2050 könnten es zwischen 200 Millionen und einer Milliarde sein.

Von der Rodung tropischer Wälder über die Verseuchung des Grundwassers bis zu Zwangsumsiedlungen für den Bau von Staudämmen - überall auf der Welt sorgen Eingriffe in die Natur durch den Menschen dafür, dass andere ihr Zuhause verlassen müssen. Manche dieser Phänomene sind lokal begrenzt. Der Klimawandel hingegen kennt keine Grenzen, seine Folgen sind weltweit zu beobachten.

Angesichts einer auf stetiges Wachstum ausgerichteten Produktionsweise und einer verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt nehmen der Raubbau und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu. Die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas, aber auch die zunehmende Entwaldung sowie die intensive Land- und Viehwirtschaft verursachen die hohe Treibhausgaskonzentration in der Erdatmosphäre, die unser Klima bedroht. „Diese Wirtschaftsweise hat zwar - besonders in der westlichen Welt - zu einem erheblichen Anstieg des Wohlstands

geführt, ging und geht aber mit massiv ungleicher Verteilung, rücksichtslosem Abbau von Rohstoffen und enormer Umweltverschmutzung einher“, heißt es in dem Positionspapier der Deutschen Plattform für Globale Gesundheit. Der steigende Meeresspiegel macht tief liegende, flache Küstenzonen und ganze Inselstaaten langfristig unbewohnbar. Böden und Grundwasser versalzen, Zahl und Ausmaß von Überschwemmungen nehmen zu. Immer häufiger kommt es zu extremen Wetterereignissen wie Wirbelstürmen und Sturmfluten. Steigende Temperaturen und lang anhaltende Trockenzeiten erschweren die Landwirtschaft und verschlechtern den Zugang zu sauberem Wasser.

Die meisten dieser Veränderungen sind schleichend. Dennoch haben sie dramatische Auswirkungen, allerdings nicht überall in gleichem Maße. Der Klimawandel wird am stärksten die so genannten Entwicklungsländer im globalen Süden treffen - und damit diejenigen, die am wenigsten zu ihm beigetragen haben.

Noch heute verbraucht eine Bewohnerin einer Industrienation etwa fünf Mal so viel des Treibhausgases Kohlenstoffdioxid (CO₂) wie eine Bewohnerin eines Entwicklungs- oder Schwellenlandes.

Eine einzige Flugreise von Frankfurt am Main nach Sydney und zurück setzt so viel CO₂ frei wie die meisten der rund eine Milliarde Menschen, die mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen müssen, während ihres ganzen Lebens zu verantworten haben. Auch innerhalb aller Länder gibt es eine riesige Kluft zwischen den Ärmern und denjenigen, die sich einen klimaschädlichen Lebensstil leisten können - von der Mobilität über die Nutzung von Elektrogeräten bis zu einem hohen Fleischkonsum.

Gleichzeitig haben Entwicklungsländer weit weniger Chancen als Industriestaaten, sich durch technische Maßnahmen zu wappnen und an veränderte Klimabedingungen anzupassen.

Seit der Jahrtausendwende soll sich die Zahl der Klima- und Umweltflüchtlinge der International Organisation für Migration (IOM) zufolge von 25 auf 50 Millionen verdoppelt haben; für das Jahr 2050 werden bereits 200 Millionen Umweltflüchtlinge prognostiziert. Besonders betroffen sind Bangladesch, viele Inseln im Südpazifik und die Länder der Sahelzone in Afrika. Gleichwohl kennt die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 noch keine Umwelt- bzw. Klimaflucht; der völkerrechtliche Status dieser Gruppe von Flüchtlingen ist bis heute völlig ungeklärt. Für die Betroffenen gibt es daher weder juristischen Schutz noch zuständige Institutionen. Auch im deutschen Asylrecht finden Klimaflüchtlinge keine Anerkennung.

Die westlichen Industriestaaten und zunehmend auch Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien verbrauchen vier Fünftel der weltweiten Ressourcen und verursachen 80 Prozent der klimaschädlichen Emissionen. In der Top Ten der Klimasünder liegt Deutschland auf Platz sechs.

- Quelle 3: Definition von Klimaflucht von der Website <http://klimaflucht.de/klimawandel-und-flucht/>

Was ist Klimaflucht?

Die Auswirkungen des Klimawandels treiben weltweit Millionen Menschen in die Flucht. Eine einzige Katastrophe – eine Dürre, Überschwemmung oder ein Sturm – kann die Heimat und die Lebensgrundlagen zerstören. Auch schleichende Prozesse wie der ansteigende Meeresspiegel, schmelzende Gletscher und Wüstenbildung bedrohen Existenzen. Werden Gebiete dauerhaft unbewohnbar, ist die Umsiedlung ganzer Bevölkerungsgruppen unumgänglich. Von den Folgen des Klimawandels sind nahezu alle Weltregionen betroffen. Doch das ganze Ausmaß bekommen vor allem die Ärmsten der Armen zu spüren, die am stärksten verwundbar sind und den Folgen der globalen Erwärmung schutzlos ausgeliefert sind. Oftmals bleibt ihnen nur die Flucht. Wie verwundbar ein Land ist, hängt auch von der sozialen und wirtschaftlichen Lage ab. Armut verschärft die Auswirkungen der Katastrophen massiv, da für eine Anpassung an die Klimafolgen z.B. durch Frühwarnsysteme oder effektiven Hochwasserschutz schlicht die finanziellen Mittel fehlen. Die Klimafolgen verschärfen ihrerseits Armut und behindern Entwicklung. Am meisten leiden sozial und politisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen wie Kleinbäuerinnen und -bauern, Slumbewohnerinnen und -bewohner oder indigene Bevölkerungen.

Klimaflucht als globale Herausforderung

Klimabedingte Flucht findet meist innerhalb der Landesgrenzen oder in benachbarte Staaten statt. Schon heute stehen die betroffenen, meist armen Länder vor großen Herausforderungen. Die häufig hohe Abhängigkeit von der Landwirtschaft, welche durch den Klimawandel in vielen Regionen erheblich eingeschränkt wird, verschlimmert die Lage. Eine massive Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte hat bereits begonnen. Die rasche Urbanisierung lässt Städte unkontrolliert anschwellen und die Armut und Slums anwachsen.

Unzweifelhaft finden klimabedingte Flucht und Migration bereits statt. Schätzungen zufolge sind mindestens 20 Millionen Menschen betroffen.

Künftig werden Wanderungsbewegungen infolge des Klimawandels zunehmen. Bis zur Mitte des Jahrhunderts könnten zwischen 200 Millionen und einer Milliarde Menschen gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Wie können diese Wanderungsbewegungen bewältigt bzw. wie kann mit ihnen umgegangen werden? Klimaflucht ist eine weltpolitische Herausforderung, auf die die internationale Gemeinschaft *heute* Antworten finden muss.

Das Kernproblem: fehlende Schutzrechte

Für Menschen, die klimabedingt fliehen, existieren weder Schutznormen noch zuständige Institutionen. Im völkerrechtlichen Sinne gelten sie nicht als Flüchtlinge, denn die Genfer Flüchtlingskonvention erfasst nur politische Flüchtlinge. Entsprechend gelten für diejenigen, die aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels vom Verlust ihrer Lebensgrundlage bedroht sind und denen nichts anderes übrig bleibt, als zeitweise oder dauerhaft ihre Heimat zu verlassen, keine Schutzrechte (beispielsweise auf Asyl), wenn sie Zuflucht in einem anderen Land suchen. Sie fallen nicht unter das Mandat des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR. Für diejenigen, die innerhalb der Landesgrenzen fliehen, bestehen mit den UN-Leitlinien für Binnenvertriebene zwar Ansätze zur Stärkung der Rechte. Das UNHCR kümmert sich in der Zwischenzeit auch verstärkt um Binnenvertriebene, die Schutzmaßnahmen greifen aber nicht für grenzüberschreitende Vertreibung. Die Ressourcen des UNHCR würden darüber hinaus nicht ausreichen, um den Schutz aller klimabedingt Fliehenden zu unterstützen.

Angesichts des Fehlens internationaler Strukturen und Institutionen für den Schutz von „Klimaflüchtlings“ stellt sich die drängende Frage, wie ein internationales Schutzsystem geschaffen werden kann. Zu den diskutierten Optionen zählt eine Erweiterung der Genfer Flüchtlingskonvention dahingehend, „Klimaflüchtlings“ einzuschließen. Doch eine Neuverhandlung der Konvention birgt die Gefahr einer Aufweichung der Schutzbestimmungen für Flüchtlinge und ist daher wenig sinnvoll. Weitere Möglichkeiten sind eine Erweiterung der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) um ein Zusatzprotokoll oder eine eigenständige Konvention für „Klimaflüchtlings“. Aufgrund des fehlenden politischen Willens der Staatengemeinschaft sind hier aber in naher Zukunft keine Fortschritte zu erwarten. Ohnehin sind Aushandlungen völkerrechtlicher Instrumente langwierige Prozesse. Dass die Formulierung von Schutzrechten schwierig ist, liegt nicht zuletzt auch daran, dass keine allgemeingültige und anerkannte Definition für diejenigen existiert, die klimabedingt fliehen.

Erste Schritte auf internationaler Ebene

Lösungen für den Schutz von „Klimaflüchtlings“ müssen *jetzt* gefunden werden. Die Vereinten Nationen stehen hier noch am Anfang. Immerhin erkennt die internationale Gemeinschaft die Herausforderung Klimaflucht inzwischen an: Im Abschlussdokument der UN-Klimaverhandlungen in

Cancún (2010) einigten sich die Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention darauf, Migration, Umsiedlung und Flucht als Herausforderungen im Kontext der Anpassung an den Klimawandel anzusehen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Ein vielversprechender innovativer Ansatz ist die jüngst gestartete Nansen-Initiative, die ein Forum für die Diskussion von Lösungsansätzen schaffen will. Ein zwischenstaatlicher Konsultationsprozess mit interessierten Staaten sowie unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft und Wissenschaft soll in die Erarbeitung einer internationalen Schutzagenda münden. Über einen zwischenstaatlichen Konsens, so das Ziel, sollen Grundprinzipien zum Schutz der Betroffenen entwickelt werden. Diese sollen letztlich in die UN-Klimaverhandlungen einfließen.

Anpassung unterstützen und Klimaschutz stärken

Die internationale Staatengemeinschaft ist gefordert, sich für den Schutz der Betroffenen einzusetzen und auf politische wie institutionelle Lösungen hinzuwirken. Anpassungsstrategien in besonders verwundbaren Ländern müssen finanziell und technologisch unterstützt werden. Finanzielle Zusagen für den UN-Anpassungsfonds, der konkrete Anpassungsprojekte in Entwicklungsländern finanziert, müssen in die Tat umgesetzt, Entwicklungsprogramme zur Armutsbekämpfung, sozialen Sicherung und Katastrophennachsorge gefördert werden. Schließlich sind Migration und die Umsiedlung bedrohter Bevölkerungsgruppen unter Wahrung der Menschenrechte und als Anpassungsmaßnahme an den Klimawandel zu unterstützen.

Um die Auswirkungen des Klimawandels und damit auch von Klimaflucht abzumildern, ist die Begrenzung der globalen Erwärmung durch eine Reduktion der Treibhausgase unerlässlich. Hier sind die großen CO₂-Emittenten gefragt, zu handeln. Die entwickelten Länder des globalen Nordens und zunehmend auch Schwellenländer sind für den Großteil der globalen Emissionen verantwortlich. Die Konsequenzen tragen hauptsächlich die armen Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern, deren Beitrag zum Klimawandel verschwindend gering ist. Die internationale Gemeinschaft muss nach dem Scheitern des UN-Klimagipfels in Kopenhagen im Jahr 2009 und den seither stockenden Verhandlungen endlich ein verbindliches Abkommen erzielen, das die Reduktion der Emissionen und verpflichtende Klimaschutzziele festlegt.